



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Umwelt, Energie und  
Sauberkeit  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 29.04.2014

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit  
am Dienstag, 06. Mai 2014, um 17:00 Uhr,  
Hochschule RheinMain, Fachbereich Architektur und Bauingenieurwesen,  
Gebäude D Raum 205, Kurt-Schumacher Ring 18 Wiesbaden.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 18.03.2014
2. **14-A-51-0001**

Prüfverfahren über ausgehende Wirkungen durch den Bau von Windkraftanlagen  
hier: Darstellung der Ergebnisse der Gutachten des Ingenieurbüros für Umweltplanung Schmal  
und Ratzbor

### 3. 14-F-33-0046

Nutzung der Wasserkraft

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 29.04.2014

Der Presseberichterstattung war zu entnehmen, dass sogenannte Strom-Bojen zur Stromgewinnung beitragen können.

„Strom-Bojen“ bedürfen, außer einer Bodenverankerung, keiner baulichen Eingriffe in die Landschaft. Ihre Turbinen sind „fischgängig“ und haben niedrige Umdrehungszahlen.. Durch eine hohe Kontinuität in der Energiegewinnung können Strombojen weitgehend grundlastfähige Versorgung gewährleisten. Sie arbeiten weitgehend witterungsunabhängig, können aber zudem nach Bedarfslage zeitweise auch kurzfristig abgeschaltet werden. Die Strom-Bojen behindern nicht den Schiffsverkehr, sie liegen in der Strömung und schützen so Insel- und Uferbereiche.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu prüfen, ob die oben beschriebene Technologie am Standort entlang des Rheins in Wiesbaden in Betracht käme,
- 2) zu berichten, ob er für die LHW bzw. ESWE Versorgungs AG Realisierungspotential sieht (Stichwort Energiemix).

### 4. 14-F-33-0050

Elektrolytische Energiespeicherung

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 29.04.2014

Um die Grundlastfähigkeit von Windenergie- und Photovoltaikanlagen zu erhöhen bedarf es neben dem Ausbau „smarter Netze“ auch zusätzlicher Speichermedien. Besonders auf dem Gebiet der Entwicklung solcher Speichermöglichkeiten findet eine rasante Entwicklung statt. Neben bereits bekannten Methoden (etwa Pumpspeicherkraftwerken oder thermischer Speicherung) gewinnt dabei die Herstellung von sogenanntem EE-Gas (Wasserstoff oder Methan) zunehmend an Bedeutung. Diese ursprünglich auf dem einfachen Prinzip der Elektrolyse basierenden Methoden sind zwar in ihrer Energieeffizienz umstritten, können jedoch einen wirkungsvollen Beitrag zur sinnvollen Speicherung von Primärenergie leisten, welche anderweitig ungenutzt bliebe und gleichzeitig durch kurzfristige Reaktionszeiten Schwankungen im Angebot ausgleichen. Überdies kann insbesondere Methan in bestehende Gasleitungssysteme eingespeist werden. Für Wiesbaden und Umgebung versorgt alleine ESWE Versorgung etwa 52.000 Haushalte mit Gas, was ein erhebliches Potential zur Verwertung annehmen lässt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

einen Vertreter der ESWE VersorgungsAG im Rahmen der Ausschusssitzung des Ausschuss für Umwelt einzuladen, um

1. das Verfahren der elektrolytischen Gewinnung von Speichergas vorzustellen und zu berichten, welche Verfahren ESWE zur Stromspeicherung betreibt.
2. darzustellen, welche Möglichkeiten zur Einspeisung von EE-Gas in bestehende Netze in Wiesbaden bestehen oder angedacht werden.

**5. 14-F-08-0025**

Biotonne und Papiertonne zur Abfallvermeidung nutzen  
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 29.04.2014

Gerade in den Innenstadtbereichen sind die Papiertonnen oft schon weit vor der geplanten Leerung randvoll oder werden nicht rechtzeitig geleert. Viele Mieter haben wahrscheinlich keine Ahnung wohin sie sich wenden müssen, wenn die Papiertonne mal wieder aus allen Nähten platzt, und statt das Papier zu recyceln, landet es, wie wir alle sicher schon an unseren Tonnen gesehen haben, im Hausmüll.

Die Biotonne muss auf Nachfrage des Vermieters bei der Stadt beantragt werden. Viele Mieter wissen davon nichts, andere benutzen aus hygienischen Gründen diese Möglichkeit der Entsorgung von organischem Abfall nicht.

Hinzu kommt, dass häufig fremder Verpackungs- und sonstiger Müll in Restmülltonnen landet, zumal viele, spätestens kurz vor der Leerung, einfach offen zugänglich auf der Straße stehen.

Mülltrennung sorgt aber für die bessere Verwertung von Müll und hilft auch noch Geld zu sparen.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- ob bei der Umweltberatung für einkommensschwache Haushalte auch die Möglichkeit der Abfallvermeidung und der daraus resultierenden Reduzierung der Kosten thematisiert wird,
- wie viele Haushalte in Wiesbaden eine Biotonne nutzen,
- wie oft die Müllhotline genutzt wird und ob diese zur Müllvermeidung in diesen Fällen beiträgt,
- wie hoch der Anteil an Verpackungen, Glas und Papier im Restmüll insgesamt ist, wie sich dieser Anteil in den letzten 10 Jahren entwickelt hat und ob Wohngegenden in Wiesbaden auszumachen sind, in denen der Anteil an diesen Stoffen im Restmüll besonders hoch ist, und wenn ja, in welchen.

**6. 14-F-03-0047**

Altbaumbestände in Wiesbaden - zweites Gutachten zur Lesselallee beauftragen  
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 27.03.2014 -  
Überweisungsbeschluss der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0144 vom 03.04.2014

**ANLAGE**

**7. 14-V-61-0017**

**DL 26/14-5**

Regionalplan Südhessen - Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien -  
Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden

**8. 13-V-36-0021**

**DL 21/14-1**

Risikoanalyse Industriepark InfraServ und Dyckerhoff

**9. 14-F-03-0003**

Bodenlärm am US-Militärflughafen Erbenheim  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0011 vom 28.01.2014  
Zwischenbericht des Magistrats

**ANLAGE**

**10. 12-F-33-0038**

Ausbau Leitbild "Grüne Stadt Wiesbaden"  
Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0151 vom 22.03.2012

**ANLAGE**

**11. 12-F-03-0046**

Leitbild "Grüne Stadt Wiesbaden"  
Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0150 vom 22.03.2012  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0070 vom 24.04.2012

**ANLAGE**

**12. 14-F-03-0029**

Umweltzone: Lkw-Durchfahrtsverbot und Ausnahmeregelungen  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0070, Ziffer 2 vom 24.04.2012

**ANLAGE**

**13. 14-V-61-0003**

**DL 24/14-1**

Bebauungsplan "Rudolf-Dietz-Straße / Hermann-Hesse-Straße" im Ortsbezirk Naurod in  
Verbindung mit § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)  
- Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -

**14. 14-V-61-0005**

**DL 24/14-2**

Bebauungsplan "Setzling" im Ortsbezirk Erbenheim  
-Satzungsbeschluss -

**15. 14-V-61-0012**

**DL 24/14-3**

Bebauungsplan "Einzelhandelsbetrieb Berliner Straße" im Ortsbezirk Erbenheim

- Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -

**16. 14-V-61-0007**

Bebauungsplan "Rhein-Main-Hallen" im Ortsbezirk Mitte  
- Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -

**Die Beratungsunterlagen zu TOP 16 werden nachgereicht.**

**17. 14-V-61-0008**

**DL 26/14-3**

Bebauungsplan "Nördlich der Welfenstraße" im Ortsbezirk Südost in Verbindung mit § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)  
- Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -

**18. 13-V-61-0052**

**DL 26/14-2**

Bebauungsplan "Breckenheimer Straße" im Ortsbezirk Igstadt  
- Aufstellungsbeschluss -

**19. Verschiedenes**

## **Tagesordnung II**

**1. 14-V-36-0006**

**DL 21/14-2 NÖ**

Niederschrift über eine nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates

**2. 13-F-33-0076**

Fertigstellung Tierfriedhof

**ANLAGE**

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen  
Vorsitzender